



Protokoll

37. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 12. April 2021, 19:00 Uhr bis 20:42 Uhr
Stadthofsaal, Theaterstrasse 1, 8610 Uster

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Geschäftsleitung (GL), Konstituierung für das Amtsjahr 2021/2022
 - a) Wahl des Präsidiums
 - b) Wahl des 1. Vizepräsidiums
 - c) Wahl des 2. Vizepräsidiums
 - d) Wahl der Stimmenzählenden
- 4 Weisung 76/2021 des Stadtrates: Vereinsunterstützung, Genehmigung Anpassung Gebührenverordnung
- 5 Postulat 615/2021 von Peter Mathis-Jäggi (SP) und Marius Weder (SP): Mehr Solaranlagen auf den Liegenschaften der Sekundarschule
- 6 Postulat 616/2021 von Peter Mathis-Jäggi (SP) und Marius Weder (SP): Mehr Solaranlagen in Uster auf städtischen Liegenschaften
- 7 Kenntnisnahmen

Präsenz

Vorsitz	Karin Niedermann (SP), Präsidentin bis TOP 3a Anita Borer (SVP), Präsidentin ab TOP 3b
Protokoll	Daniel Reuter, Ratssekretär
Anwesend	34 Ratsmitglieder (inklusive Präsidentin)
Stadtrat	Barbara Thalmann, Stadtpräsidentin Dr. Cla Reto Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Stefan Feldmann, Abteilungsvorsteher Bau Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Dr. Petra Bättig, Abteilungsvorsteherin Soziales Jean-François Rossier, Abteilungsvorsteher Sicherheit Karin Fehr Thoma, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Pascal Sidler, Stadtschreiber
Sekundarschulpflege	Benno Scherrer, Präsident
Verwaltung	Monika Füllemann, Leiter-Stellvertreterin Parlamentsdienst Enrico Quattrini, Abteilungsleiter Sicherheit Christian Zwinggi, Abteilungsleiter Präsidiales
Gäste	Simon Berger, Beatrice Borer, Patrick Borer, Regula Borer, Daniel Schnyder, Mirco Schuler, Tanja Süess
Entschuldigt	Peter Müller (FDP) Markus Wanner (SP)
Ausschluss	Rolf Denzler (SVP) bei TOP 5 Ulrich Schmid (CVP) bei TOP 5
Presse	Tanja Hudec, AvU Kevin Weber, AvU

Die Präsidentin begrüsst die Medienleute und Gäste.

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Ratssekretär.

Änderung Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

Fraktionserklärungen

Für die FDP/CVP-Fraktion verliest **Jürg Krauer** (FDP) folgende Fraktionserklärung: *Mit, nach eigenen Worten, fast abfaulenden Händen hat die sich die SP Ende November 2020 während der Budgetdiskussion als grösste Fraktion im Ustermer Gemeinderat von den Grünliberalen erpressen lassen und neben der Gutheissung diverser anderer Sparanträge auch dem Geschäftsfeld Heime den Globalkredit um 300'000 CHF gekürzt.*

Weniger als 40 Tage und eine Wunderheilung später, sind die Extremitäten wieder gesund und die SP macht bereits wieder die hohle Hand und zeigt so ihre wahren Absichten. Die Stadt soll zahlen! Dieses Mal geht es um einen Corona-Anerkennungs-Bonus für das Betreuungs- und Pflegepersonal der Heime und der Spitex. So wie es die Mitarbeitenden in anderen Branchen auch tun, leistet auch das Pflegepersonal seit Beginn der Corona-Pandemie einen erheblichen Mehraufwand.

Die Antwort des Stadtrates war im Grunde genommen bereits bei der Einreichung der Anfrage klar: Für einen solchen Anerkennungsbonus hat die Stadt kein Geld! Und wieso? Weil in der Budgetdiskussion mit Hilfe der SP den Heimen das Gesamtbudget gekürzt wurde.

Trotz der klaren Antwort kann die SP danach aber nicht hinstehen und ihre Sparmassnahmen verteidigen. Nein man ist ob dieser Antwort sogar "frustriert" und "schämt sich für die Antwort des Stadtrates", wie der Anzeiger von Uster schreibt. Selbst die Genderkeule wird geschwungen und an die Frauenmehrheit im Stadtrat appelliert.

Für die konsequente Antwort des Stadtrats müssen wir ein Lob aussprechen. Für die SP gibt es aber treu den Parteifarben die rote Karte!

Es kann doch nicht sein, dass man sich erpressen lässt und danach wieder die hohle Hand machen will. Erst kürzen und dann sofort wieder fordern, geht nicht.

Uns frustriert daher nicht die Antwort des Stadtrates, welcher seinen Sparauftrag zu recht konsequent umsetzt, sondern der da gezeigte Zickzack-Kurs der SP. Dieser ist in höchstem Grad inkonsequent und erweckt bei uns den Eindruck der Scheinheiligkeit.

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion verliest **Ursula Räuftlin** (Grünliberale) folgende Fraktionserklärung: *Besten Dank an die Primarschule, die meine Anfrage 614/2021 betreffend Primarschüler in Uster nach bestem Wissen und Gewissen beantwortet hat. Die Quoten für Uster sind im kantonalen Vergleich eher tief. Dies ist sehr erfreulich und stellt der Primarschule Uster insgesamt ein gutes Zeugnis aus. Allerdings wurde bei der Beantwortung der Anfrage auf einige Punkte wohl bewusst nicht eingegangen und einige Punkte der Auswertung werfen weitere Fragen auf.*

Mit der Forderung, die Prozentualen Anteile der einzelnen Schulstandorte anzugeben, war natürlich nicht gemeint, dass die Anzahl Privatschüler eines Standorts in Bezug zu allen Privatschülern in Uster gesetzt werden soll, sondern in Bezug zu den Anzahl Schülern an diesem Standort. Ich habe nun aufgrund der uns bekannten Zahlen an Schüler versucht, die Zahlen zumindest für ein Jahr abzuleiten. Aus der Schulraumplanung liegen uns für das Jahr 2019/2020 die Anzahl der Klassen und Kindergärten der einzelnen Standorte vor. Mit der vereinfachten Annahme 22 Kinder pro Klasse und 19 Kinder pro Kindergarten ergeben sich für die Standorte in aufsteigender Reihenfolge die folgenden Zahlen: 0.5% im Krämi, 2.6% in Nänikon, 3.3% in Niederuster, 3.8% im Gschwader, je 4.7% in der Tagesschule, in Oberuster und im „Hasi“, 5.6% im Talacker, 6.1% in Wermatswil und 6.3% im Pünt.

Diese Werte sind doch sehr unterschiedlich, so dass durchaus über quartiertypische Eigenheiten spekuliert werden kann. Könnte beispielsweise eine homogene Bevölkerungszusammensetzung in Nänikon zu einer grossen Zufriedenheit mit der Schule und dadurch zu den eher tiefen Zahlen führen? Ist es in Niederuster die Tagesschule, die eine lokal ansässige attraktive Alternative bietet die nicht in die Berechnung der Privatschüler einfliesst und dadurch den Wert in Niederuster tief hält? Ist in Wermatswil mehr Geld vorhanden als in anderen Quartieren um private Schulungen zu finanzieren? Die Primarschule bleibt uns dazu die Antworten schuldig. Dabei sind quartiertypische Eigenheiten sehr wohl vorhanden. Oder weshalb sollen gemäss „NZZ am Sonntag“ die Schüler in Uster zukünftig nach sozialem Status den Schuleinheiten zugeteilt werden?

Und dann war da noch die Frage nach den Trends: sind wirklich in keinen Quartieren Trends auszumachen? Aus dem Diagramm auf Seite 7 in der Beilage finden sich durchaus einige Punkte, die zu erwähnen sind. Grössere Schwankungen sind in Oberuster auszumachen, hier bewegen sich die Zahlen zwischen 12 und 19 Schülern. Einen deutlichen Trend erkenne ich im Gschwader mit einer Zunahme von 5 Schülern im Schuljahr 2017/18 auf 14 Schüler im Jahr 2020/21. Dies bedeutet beinahe eine Verdreifachung! Liegt's am Schulleiter oder einzelnen Lehrern? Hier sollte dringend genauer hingeschaut werden. Die Aussage der Primarschule, dass sie bis jetzt keine Befragungen bei den Eltern nach den Gründen durchführt, befremdet mich deshalb sehr.

Generell gilt bekanntlich: trau nie einer Statistik, die Du nicht selbst gefälscht hast. Ohne die Rohdaten zu veröffentlichen, kann eine Statistik immer so erstellt und interpretiert werden, wie man es gerne möchte.

Wie kann es sein, dass aus den dem Schulhaus Krämeracker bereits in den Schuljahren 2016/17 und 2017/18 zugeteilten Schülern bereits je zwei Schüler die Privatschule besucht haben sollen, als es doch zu dieser Zeit noch gar kein Schulhaus Krämeracker gab. Und seit der Eröffnung im Schuljahr 2018/19 bewegt sich in dieser neuen grössten Schuleinheit der Stadt Uster diese Zahl immer bei 2/3 Schülern und damit bei einem Anteil von nur ca. 0.5%? Mein Vertrauen in einige der ausgewiesenen Zahlen ist deshalb nicht allzu gross.

Persönliche Erklärungen

Paul Stopper (BPU) verliest folgende Erklärung: *Am 7. Mai 2018 reichte ich eine Motion für technische und finanzielle Abklärungen für eine Aufwertung der Personenunterführung „Mitte“ ein, nämlich:*

- *einer Vergrösserung von (bewachten) Abstellmöglichkeiten für Velos unter den Geleisen zwischen der Webernstrasse und dem ehem. Güterexpeditions-Gebäude*
- *direkte Zugänge von der Veloabstellanlage auf die Bahnperrens*
- *leicht zugängliche Velo-Zufahrten von Norden und von Süden*

Der Stadtrat beantragte am 28. August 2018, dem Gemeinderat, die Ablehnung der Motion:

«(...) sind die genaue Lage und die Anbindung gemeinsam mit der Grundeigentümerin planerisch zu prüfen und nicht wie in der vorliegenden Motion ausgeführt, bereits jetzt räumlich verortet vorwegzunehmen (...)»

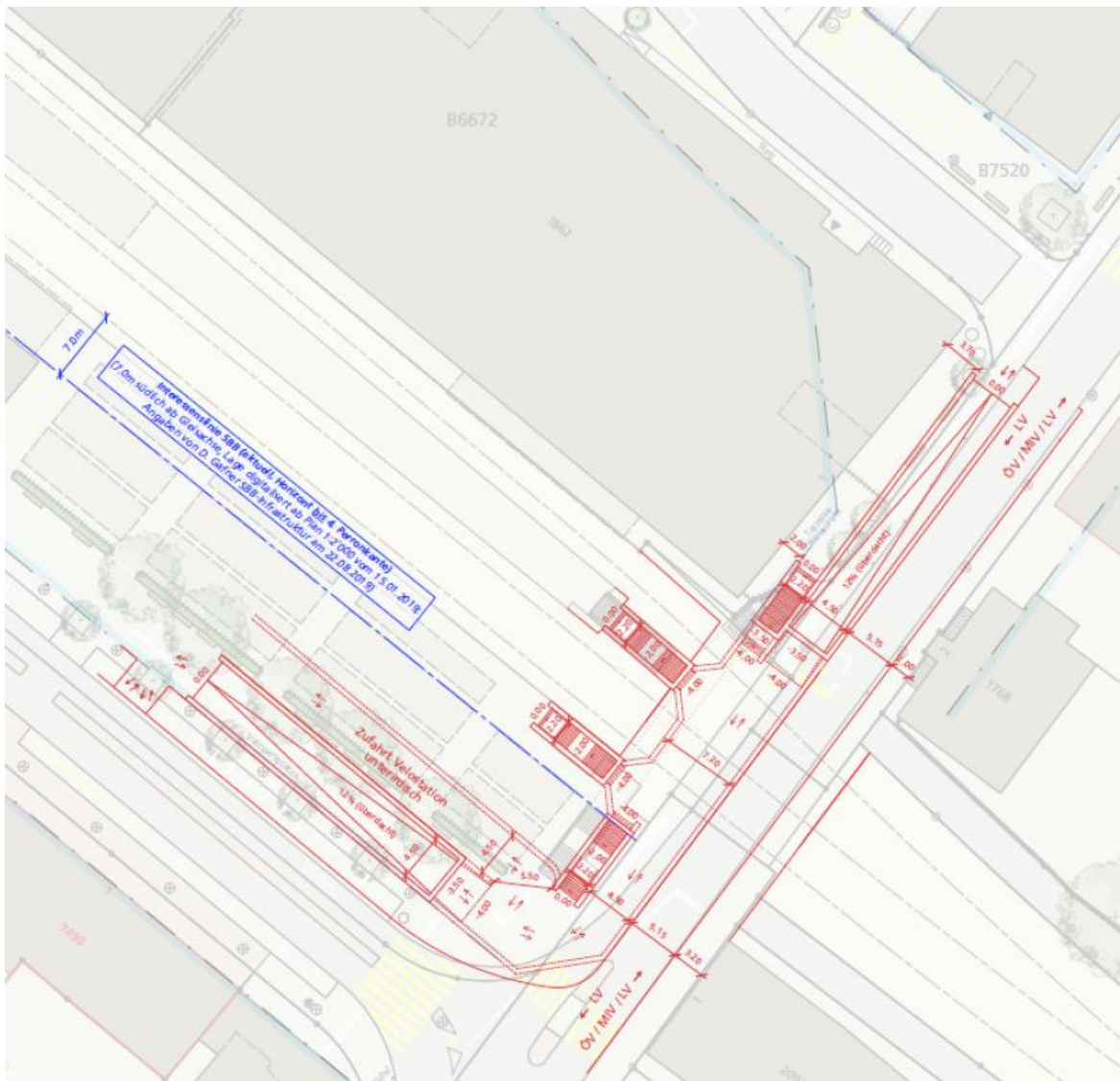
Der Gemeinderat hat am 3. September 2018 die Motion in ein Postulat umgewandelt und mit 14:13 Stimmen überwiesen.

Die Frist zur Ablieferung des Berichtes und Antrages wäre am 12. März 2019 abgelaufen. Ende 2018 stellte der Stadtrat beim Gemeinderat den Antrag um eine Fristverlängerung, welche von der Geschäftsleitung des Gemeinderates am 30. Januar 2019 bis 28. Mai 2019 bewilligt wurde. Genau an diesem Datum überwies der Stadtrat dem Gemeinderat den Bericht und Antrag (diesmal fristgerecht).

Seither hat man nichts mehr zu diesem Bericht gehört oder gelesen. Dagegen hat der Stadtrat zuhanden des «Agglomerationsprogrammes Zürcher Oberland, 4. Generation,» 2020 dem Kanton ein fix-fertiges Projekt für einen massiven Ausbau der Personen-Unterführung Brunnenstrasse zu einer kombinieren Fussgänger- und Velounterführung eingereicht.

Fazite:

- *Die Unterführung Mitte kann «nicht räumlich verortet vorweggenommen werden». Die Unterführung Brunnenstrasse hingegen schon.*
- *Wenn der Stadtrat etwas nicht will, dann will er es nicht.*
- *Er bastelt lieber an weiteren Totgeburten herum, denn das Projekt Unterführung Brunnenstrasse steht mehr als schief in der Landschaft.*



Velo- und Personenunterführung Brunnenstrasse; Ausschnitt aus Aggloprogramm Zürcher Oberland, Seite 135.

Ulrich Schmid (CVP) verliest folgende Erklärung: *Vor rund einem Jahr bin ich in den Gemeinderat Uster als Vertreter der CVP nachgerutscht. Mit Spannung erwartete ich, was alles auf mich zu kommt. Schon beim ersten Geschäft, Festsetzung des Steuerfusses 2020, konnte ich mich einbringen, der Steuerfuss blieb gleich. Mit meinem Wechsel von der damaligen Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion zur FDP-Fraktion ging es weiter. Viele weitere Geschäfte folgten bis dato. Erlauben Sie mir nach diesem guten Jahr Parlamentserfahrung eine kleine Zwischenbilanz.*

Ich habe viele neue, interessante und nette Menschen kennengelernt. Auch durfte ich eine leistungsfähige Verwaltung erfahren. Diese macht einen super Job, muss sie doch eine Unmenge an Anfragen und dergleichen von uns Gemeinderäten beantworten. Trotzdem zeigt sich bei mir eine gewisse Ernüchterung. Viele Beschlüsse sind im Vornherein auf Grund der Parteiliebe klar. Da müsste man eigentlich gar nicht darüber debattieren, sondern einfach gleich beschliessen. Das Resultat wäre das gleiche. Auch die Vergesslichkeit im Rat ist sehr hoch. Das zeigt sich am Beispiel «Sparen»: Wir kürzten das Budget für dieses Jahr und wollen dann doch einen Bonus auszahlen. Auch vermisste ich nicht selten eine konsequente Haltung, zum Beispiel: Wir lassen eine Fläche im Buchholz (Standort Dreifach-Turnhalle) unter dem «Label Biodiversität» für CHF 50'000 wiederherstellen und bewilligen dafür einige hundert Meter daneben einen Kunstrasen für teures Geld. A propos Natur und Naturverbundenheit: Was mich am meisten wundert ist, dass wir alle hier Anwesenden ohne Waldspielgruppe gross geworden sind. Auch unsere Kinder kennen sogar den Wald. Früher ging man als Eltern zwischendurch einfach einmal in den Wald.

Mir persönlich fehlt auch eine gewisse Weitsicht und Planung des Rates, man kann nicht immer mehr wollen und bewilligen, am Schluss muss es auch langfristig bezahlt werden können. Auch hier ein Beispiel: Eine Umnutzung des Zeughauses macht Sinn, aber mit einem adäquaten Mitteleinsatz und ich hoffe auch sehr, dass man nicht noch mehr Mieter/Vereine verliert!

Und dann noch das Thema Corona. Es ist tragisch, was hier alles passiert und es ist für uns alle eine Herausforderung, sei es bei der eigenen Gesundheit oder beim täglichen Leben. Aber auch hier ist schlussendlich auf einen ausgeglichenen Finanzhaushalt der Stadt achtzugeben. Die Stadt kann nicht einfach so alle Kosten übernehmen resp. alle Mieten erlassen.

Ich komme zum Schluss: Wir sind für unsere Wähler da und nicht zum Selbstzweck, wir müssen und dürfen gemeinsam die Stadt Uster weiterentwickeln, mit Vernunft und finanzieller Weitsicht. Auch eine Anfrage-Hektik von uns Gemeinderäten infolge der bevorstehenden Wahlen ist überhaupt nicht angebracht und kontraproduktiv, vor allem einmal in erster Linie für die Verwaltung.

1 Mitteilungen

Der Stadtrat hat anstelle der zurückgetretenen Mary Rauber (EVP) am 16. Februar 2021 Urs Lüscher (EVP) als Gemeinderat mit Wirkung ab 1. April 2021 gewählt erklärt (vergleiche Seite 1055). Die Ratspräsidentin heisst den neuen Kollegen willkommen und wünscht ihm viel Erfolg für seine Amtstätigkeit.

Für den Gemeinderat findet am Montag, 6. September 2021, 18 Uhr bis 18:45 Uhr – vor der Rats-sitzung – eine Information der Primarschulpflege über die Schulraumplanung 2021-2023 statt. Referentin: Stadträtin Patricia Bernet, Präsidentin der Primarschulpflege. Fachpräsentation: Cédric Perrenoud, Immoprogess.

Nach Sitzungsschluss gibt es namens der SVP/EDU-Fraktion aus gegebenem Anlass eine kleine Verpflegung und Getränke. Diese müssen aus aktuellem Anlass am Platz eingenommen werden.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 36. Sitzung des Gemeinderates vom 15. März 2021 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 GeschO GR als genehmigt.

3 Geschäftsleitung (GL), Konstituierung für das Amtsjahr 2021/2022

Zum Abschluss ihres Amtsjahres hält **Präsidentin Karin Niedermann** (SP) folgende Ansprache: *Gern nehme ich die Gelegenheit wahr für ein paar letzte Worte an Sie in meiner Funktion als Präsidentin, bevor wir dann zu den Wahlen schreiten.*

Das Ratsjahr 2020/2021 des Gemeinderats Uster wird wohl als ein 'ausser-gewöhnliches' in die Geschichte eingehen. Als ich im Mai letzten Jahres das Präsidium übernehmen durfte, da haben wir wohl alle nicht gedacht, dass wir in einem Jahr immer noch in der Pandemie stecken, immer noch hier im Stadthofsaal tagen, und Masken zu einem festen Accessoire werden könnten.

Ja, es war ein ungewöhnliches Präsidiums-Jahr. Ich pflege zu sagen 'eines das aus dem Pflicht- aber nicht aus dem Kürprogramm bestanden ist. Darauf hatte ich mich natürlich schon gefreut, auf die verschiedenen gesellschaftlichen Anlässe, um Uster in vielen weiteren und mir bisher unbekannten Facetten kennenzulernen... Sie wissen es, stattgefunden hat wenig bis nichts. Ich verzichte auf die lange Liste der abgesagten Anlässe, immerhin, zusammen mit der Stadtpräsidentin habe ich die wohl kürzeste je 1. Augustrede gehalten, ganz im Zeichen von 'online liegt die Würze in der Kürze'. Und die Fast Normalität zwischen Sommer und Herbst haben wir gut genutzt: Mitte September 2021 waren Gäste aus unserer Partnerstadt Prenzlau hier, die auch der Parlamentssitzung beige-wohnt haben. Und der Ratsausflug ins Zürcher Weinland konnte bei strahlendem Wetter stattfinden - es sei hier verraten: es war so heiss, dass ein paar Ratsmitglieder einem Sprung in den Husemersee nicht widerstehen konnten!

Ich will aber nicht klagen, denn es war auch ein besonders spannendes Jahr, um das Gemeinderatspräsidium auszuüben. Der Blick hinter die Kulissen und der Blick aus Sicht Präsidium und Geschäftsleitung lehrt, das Funktionieren unseres Staatswesens vertieft zu verstehen. Ganz besonders ist es in diesem Jahr darum gegangen, dafür zu sorgen, dass der Gemeinderat seine Aufgabe erfüllen konnte. Mein Amtsantritt fand ja wegen des „Lockdown“ einen Monat später statt. Ab dann regelte das COVID-Gesetz, dass die Legislativen physisch, vor Ort tagen dürfen. Das war eine wichtige Errungenschaft und so haben wir, die Geschäftsleitung und der Parlamentsdienst, immer alles darangesetzt, die Gemeinderatssitzungen hier in diesem Saal stattfinden zu lassen. Daniel Reuter hatte in weiser Voraussicht den Saal bis Ende 2020 und bald schon bis Ende 2021 reserviert. Die Sitzungen haben mit den nötigen, laufend angepassten Schutzmassnahmen stattgefunden. Dieses Mikromanagement, die jeweils neu verordneten Massnahmen auf Gemeinderatssitzungen zu übersetzen, war eine gewisse Herausforderung. Ich danke Ihnen allen für die Kooperation in dieser schwierigen Phase. Auch die Frage 'streamen der Ratssitzungen oder nicht' zum Beispiel, ist nicht so banal wie sie daherkommt: Die Mitglieder der Geschäftsleitung, mit ihren unterschiedlichen Haltungen dazu, haben Fragen diskutiert, wie 'unter welchen Bedingungen können doch Gäste in den Stadthofsaal kommen, wie können wir alternativ Öffentlichkeit herstellen, welche Anzahl „Streamende“ rechtfertigt die Kosten?

Aber ja, der Gemeinderat war funktionstüchtig und wir haben Dutzende von Geschäften diskutiert und entschieden. Die als Piece de Résistance bekannte Budgetsitzung lief dieses Jahr unter anderen Vorzeichen ab ... der Gemeinderat kürzte verschiedene Budgetposten, anders als in anderen Jahren, und beschloss schliesslich auch eine Steuerfuss-Erhöhung.

In den weiteren Sitzungen haben wir viele grössere und kleinere Geschäfte bearbeitet. Einige wurden sehr kontrovers diskutiert, beispielhaft seien der Projektkredit für das Zeughaus oder die Einzelinitiative Klimanotstand genannt. Bei anderen herrschte grosse Einigkeit - ich erinnere an die Gemeinderatssitzung vom 18. Januar 2021, wo es einem ob der allesamt einstimmigen 32:0 Resultate schon fast unheimlich werden konnte.

Aufgrund des Staus von Geschäften waren die Sitzungen in meiner ersten Präsidiums-Halbzeit eher lange. Zwei, nebst der Budgetsitzung, waren sogar richtige, angekündigte Doppelsitzungen bis gegen 23 h – ich danke Ihnen an dieser Stelle, dass sie das ohne Murren mitgemacht haben. Das hat sich dann wenigstens in einer merklichen Entlastung der Traktandenlisten für die folgenden Sitzungen bemerkbar gemacht.

Ich stelle fest, dass wir eine grössere Sensibilität für die Kosten von Sitzungen entwickelt haben und das ist gut so. Aber, auch wenn das dem Wunsch nach effizienten Sitzungen etwas entgegenläuft, mich freut es, wenn im Parlament, wo parler/parlare draufsteht, diese Diskussionskultur auch drinsteckt. Es gab an einigen Abenden spontane Diskussionen, und auf Argumentationen gab es spontane Gegenargumente und Gegen- Gegen-Argumente. Es freut mich, Uster hat ein lebhaftes und reifes Parlament, in dem offen und respektvoll diskutiert und mit anderen Meinungen umgegangen wird, und man sich auch nachher draussen im Foyer beim Bier noch weiter austauscht. Und damit komme ich zum Dank:

Ihnen allen, liebe Ratsmitglieder, danke für diese gelebte politische Kultur. Und auch für ihr Wohlwollen und Verständnis mir gegenüber, wenn etwas nicht ganz zu Ihrer Zufriedenheit lief.

Ich danke den Mitgliedern der Geschäftsleitung für den offenen Austausch und die Zusammenarbeit!

Und ganz besonders und vor allem danke ich euch, lieber Daniel, liebe Monika, für eure tolle, hochprofessionelle Arbeit, euer Herzblut und euer Engagement. Ich war von euch jederzeit bestens unterstützt! Es war ein absolutes Privileg, dieses Jahr so eng mit euch zusammenzuarbeiten.

Leider hat auch das diesjährige Ratsessen nicht wie geplant durchgeführt werden können, aber wir hoffen doch, dass dieses Jahr 'verschoben nicht = aufgehoben' ist. Darum ist der Übergang heute wieder etwas sec, ich überreiche dir Anita Borer die Hupe, resp. die noch durchsetzungsfähigere Glocke und wünsche dir ein erfolgreiches und spannendes Jahr als Ratspräsidentin! (Applaus)

Die Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums erfolgt geheim (Art. 36 Abs. 1 GeschO GR in Verbindung mit §§ 26 und 31 Gemeindegesetz). Das gilt auch für die Wahl der Geschäftsleitungs- und Kommissionsmitglieder, sofern mehr Kandidaten vorgeschlagen werden, als Sitze zu vergeben sind (Art. 36 Abs. 1 GeschO GR).

Im ersten Wahlgang und im zweiten Wahlgang gilt das absolute Mehr, im dritten Wahlgang des relative Mehr (§ 31 Gemeindegesetz).

Während eines Wahlgangs darf sich die Zahl der stimmberechtigten Ratsmitglieder nicht verändern. Die Ratsmitglieder sind an die Wahlvorschläge nicht gebunden. Wählbar ist jedes Ratsmitglied mit Ausnahme der abtretenden Präsidentin, die für das folgende Jahr weder für das Präsidium noch für das Vizepräsidium wählbar ist (Art. 4 Abs. 2 GeschO GR).

Die Geschäftsleitung amtiert als Wahlbüro (Art. 35 Abs. 2 GeschO GR). Die Wahlprotokolle sind jeweils vollständig und namentlich auszufüllen.

a) Wahl des Präsidiums

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Rolf Denzler** (SVP), schlägt zur Wahl vor: Anita Borer (SVP).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Die Stimmenzähler haben die Wahlzettel auszuteilen und melden die Anzahl der ausgeteilten Wahlzettel dem Ratssekretär.

Die Wahlzettel können von den Stimmenzählern wieder eingesammelt werden.

Die Auszählung erfolgt im Saal.

Die Ratspräsidentin gibt das Ergebnis bekannt.

1. Wahlgang

anwesende Ratsmitglieder	34
eingegangene Wahlzettel	34
-leere Wahlzettel	3
-ungültige Wahlzettel	0
massgebende Wahlzettel	31
absolutes Mehr	16
Gewählt ist mit Stimmen:	29
Borer Anita	
Ferner erhielten Stimmen:	
Denzler Hans	1
Keel Hans	1
massgebende Wahlzettel	31

(Applaus)

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- Anita Borer (SVP) wird als Präsidentin für das Amtsjahr 2021/2022 gewählt.**
- Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

Präsidentin Anita Borer (SVP) übernimmt den Vorsitz und hält folgende Ansprache:

Liebe Gemeinderätinnen, liebe Gemeinderäte

Liebe Stadträtinnen, liebe Stadträte

Sehr geehrte Vertreter der Presse

Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer

Liebe Politikerinnen und Politiker im Saal: Warum machen Sie Politik? Ist es das haufenweise Geld, das Sie im Gemeinderat verdienen? Ist es die grosse Anerkennung, die Ihnen dafür zugesprochen wird? Oder ist es die Freude daran, zusätzlich zum vielfältigen Engagement im Beruf, der Familie und dem Drumherum ein paar Stunden in der Woche mit Sitzungen zu verbringen?

Ironie beiseite – in der Gemeinde Politik zu machen, ist anspruchsvoll und sagen wir es mal so: es ist ganz sicher persönlichkeitsweiternd.

Politiker zu sein, braucht manchmal eine hohe Frustrationstoleranz. Wir vertreten die eigene Meinung öffentlich, auch dann, wenn wir in der Minderheit sind. Wir kämpfen öffentlich für ein Anliegen, auch wenn wir immer einen Teil der Leute gegen uns haben. Wir sind oft im Kollektiv einsam. Wir sind – zusammen mit Versicherungsvertretern, Bankern und Journalisten – die am wenigsten vertrauenswürdige Spezies gemäss einer internationalen Studie.

Also nochmals, WARUM machen Sie Politik? Ich habe mir diese Frage auch gestellt. WARUM mache ich Politik? Als ich 2006 über die Junge SVP und zur SVP gelangte, wusste ich noch nicht, was mich erwartet. Ich wollte Lösungen finden und etwas bewegen. Schnell stellte ich fest, dass dies nicht so einfach war, wie ich mir das vorstellte. In der Politik weht ein rauer Wind. Es liegen manchmal Steine oder ganze Felsbrocken auf dem Weg zum Ziel.

Seit ich in der Politik aktiv bin, habe ich mich mehrfach gefragt, ob es das Richtige für mich ist.

Denn ich gebe es hier offen zu, ich streite nicht gern. Eigentlich bin ich sehr harmoniebedürftig.

Doch in der Politik muss man Spannungen aushalten. Es ist wichtig, dass wir auch mal heftig diskutieren und debattieren können, solange wir letztendlich zu guten Ergebnissen kommen.

Dies wurde mir schnell bewusst, entsprechend konnte ich mich rasch in dieser Rolle zurechtfinden. Mich in einer Rolle zurechtfinden treibt mich jedoch noch nicht an. Was ist es also, das mich dazu bewegt hat, die letzten 15 Jahre nervenaufreibende Politik zu betreiben?

Meine Damen und Herren, es klingt vielleicht etwas sehr idyllisch, aber es ist wahr: Ich liebe die Schweiz. Ich liebe Uster. Ich bin sehr dankbar, hier leben zu dürfen. Schon im Staatskunde-Unterricht in der Schule wurde mir schnell klar, welches Glück wir in der Schweiz mit unserer Direkten Demokratie haben. Wir dürfen unsere Meinung öffentlich sagen. Wir dürfen unterschiedlicher Meinung sein. Es ist ein grosses Privileg, das wir wohl nicht genug schätzen können.

Und genau dieses Privileg will ich nutzen. Ja, ich will die Direkte Demokratie wertschätzen. Ich will etwas tun für das Land, das ich liebe und für die Stadt, in der ich sehr gerne lebe. Ich will mitmachen, anstatt mich nur über das, was mir nicht passt, zu ärgern. Das ist meine Antwort auf das WARUM. Und ja, das ist es, was mich antreibt – inklusive des rosa Filters, der auf dieser Aussage liegt. Liebe Ratskollegin, liebe Ratskolleg: Auch wenn wir uns nicht immer einig sind, so möchte ich Dir sagen: Ich finde es grossartig, dass Du Dich in unserem politischen System aktiv engagierst. Ich schätze es sehr, dass Du den Mut hast, zu Deiner Haltung zu stehen und für Deine Überzeugung einzustehen.

Ich wünsche mir, dass wir dies aufrechterhalten. Dass wir eine andere Meinung akzeptieren und sie als Mehrwert unserer freien Meinungsbildung sehen, auch wenn wir nicht einverstanden sind. Ich wünsche mir, dass wir öffentlich und klar zu unserer Meinung stehen, jedoch nicht die alleinige Wahrheit und Weisheit für uns beanspruchen.

Ich wünsche mir, dass wir für diese grundlegenden Werte der Schweiz wie Meinungsfreiheit und direkte Demokratie zusammen, parteiübergreifend, kämpfen können. Da draussen hat es nämlich ganz viele Meinungen, die wir als gewählte Politiker lediglich ein Stück weit vertreten.

Das Engagement jedes einzelnen von uns wichtig. Jede und jeder von uns trägt zur Demokratie und Meinungsbildung bei. Jede und jeder von uns trägt damit zum sozialen Zusammenhalt bei. Wir gehen verschiedene Wege und haben unterschiedliche Ansichten, doch ich denke, wir haben ein gemeinsames Ziel: Uns allen ein friedliches, lebenswertes Zusammenleben zu ermöglichen. Uster und damit auch die Schweiz ein Stück besser zu machen.

Viele Leute lesen nur die Schlagzeilen unserer Politik in der Zeitung. Sie sehen nicht, was alles hinter unserem Engagement steckt und dass es sowohl Sonnen- wie auch Schattenseiten hat. Viele Leute sind zudem frustriert von der Politik. Sie haben sich zurückgezogen und bestimmen nicht oder nicht mehr mit.

Diesen Frust kann ich verstehen. Es gibt Vorlagen, über die wir abgestimmt haben und die nicht planmässig umgesetzt wurden. Leider nützt anschliessendes Resignieren uns allen und unserer Demokratie nicht. Resignieren heisst, Stück für Stück unsere Privilegien – sogar noch freiwillig – aufzugeben.

Meine Aufgabe in diesem Präsidiumsjaar sehe ich darin, den Gemeinderat und die direkte Demokratie mit allen Facetten nach aussen zu vertreten. Ich möchte die Leute ermutigen, sich aktiv an unserem politischen System zu beteiligen und öffentlich zu ihrer Meinung zu stehen. Ich möchte wieder bewusster machen, WARUM es das Engagement von uns allen und auch von allen Bürgerinnen und Bürgern braucht.

Herzlichen Dank, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen, für die Wahl als Ratspräsidentin und euer entsprechendes Vertrauen. Ich nehme diese Aufgabe sehr ernst. Wer mich kennt, weiss, dass ich mir selbst die grösste Kritikerin bin und mein Bestes geben werde, um diese Aufgabe sinngemäss zu erfüllen.

Für Euer wertvolles Engagement möchte ich auch meine persönliche Wertschätzung ausdrücken und hoffe, ihr bekommt dies in diesem Jahr auf die eine oder andere Art mit.

Vielen Dank an meine Partei und Fraktion – ihr muntert mich auf, wenn wir in der Minderheit sind – was mal vorkommen soll.

Herzlichen Dank an meine Familie, die mit mir durch alle Höhen und Tiefen geht – es ist schön, dass es euch gibt.

Und abschliessend: Herzlichen Dank allen Bürgerinnen und Bürgern, allen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, allen Stadträtinnen und Stadträten, dass Sie mitreden, sich an unserem politischen System beteiligen und sich für die Antwort auf Ihr WARUM einsetzen. (Applaus)

b) Wahl des 1. Vizepräsidiums

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Rolf Denzler** (SVP), schlägt zur Wahl vor:
Jürg Krauer (FDP).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Die Stimmenzähler haben die Wahlzettel auszuteilen und melden die Anzahl der ausgeteilten Wahlzettel dem Ratssekretär.

Die Wahlzettel können von den Stimmenzählern wieder eingesammelt werden.

Die Auszählung erfolgt im Saal.

Die Ratspräsidentin gibt das Ergebnis bekannt.

1. Wahlgang

anwesende Ratsmitglieder	34
eingegangene Wahlzettel	34
-leere Wahlzettel	5
-ungültige Wahlzettel	0
massgebende Wahlzettel	29
absolutes Mehr	15
Gewählt ist mit Stimmen:	25
Krauer Jürg	
Ferner erhielten Stimmen:	
Thalmann Marc	2
Bickel Matthias	1
Müller Peter	1
massgebende Wahlzettel	29

(Applaus)

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Jürg Krauer (FDP) wird als 1. Vizepräsident für das Amtsjahr 2021/2022 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

c) Wahl des 2. Vizepräsidiums

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Rolf Denzler** (SVP), schlägt zur Wahl vor: Patricio Frei (Grüne).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Die Stimmenzähler haben die Wahlzettel auszuteilen und melden die Anzahl der ausgeteilten Wahlzettel dem Ratssekretär.

Die Wahlzettel können von den Stimmenzählern wieder eingesammelt werden.

Die Auszählung erfolgt im Saal.

Die Ratspräsidentin gibt das Ergebnis bekannt.

1. Wahlgang

anwesende Ratsmitglieder	34
eingegangene Wahlzettel	34
-leere Wahlzettel	8
-ungültige Wahlzettel	0
massgebende Wahlzettel	28
absolutes Mehr	14
Gewählt ist mit Stimmen:	16
Frei Patricio	
Ferner erhielten Stimmen:	
Ghelfi Marco	5
Fuchs Eveline	4
Lengacher Nathalie	1
massgebende Wahlzettel	26

(Applaus)

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Patricio Frei (Grüne) wird als 2. Vizepräsident für das Amtsjahr 2021/2022 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

d) Wahl der Stimmenzählenden

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Rolf Denzler** (SVP), schlägt zur Wahl vor: Karin Niedermann (SP, neu), Ursula Räuftlin (Grünliberale, bisher) und Balthasar Thalmann (SP, bisher).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Die Präsidentin erklärt die Vorgesprochenen als gewählt.

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Karin Niedermann (SP), Ursula Räuftlin (Grünliberale) und Balthasar Thalmann (SP) werden als Stimmenzählerinnen und Stimmenzähler für das Amtsjahr 2021/2022 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

4 Weisung 76/2021 des Stadtrates: Vereinsunterstützung, Genehmigung Anpassung Gebührenverordnung

Für die Kommission Bildung und Kultur (KBK) referiert **Angelika Zarotti** (SP): *An ihrer Sitzung vom 22. März hat die KBK die Weisung 76/2011 beraten. Anwesend waren nebst den Kommissions-Mitgliedern Barbara Thalmann, Stadtpräsidentin, und Christian Zwinggi, Abteilungsleiter Präsidiales. Bei der Vorliegenden Weisung handelt es sich um eine Anpassung der Gebührenverordnung, die das Vereinsleben der Stadt Uster betrifft und regelt. Ausschlaggebend für diese Anpassung war das Postulat 571/2020 von Balthasar Thalmann: keine bürokratischen Hindernisse für Freiwilligenarbeit. Zudem ist dies der letzte Schritt eines langen Weges, welcher bereits 2019 angefangen hat. Der erste Schritt war die Zentralisierung und Digitalisierung der Gesuchsabwicklung. Das bestehende Reglement muss zwingend revidiert werden und dies wird im Zuge dieser Weisung geschehen. In dieser Weisung geht es vor allem um die beiden Artikel 6 und 30. Beim Art. 6 Gebührenermässigung bzw. -erhöhung, kommt zusätzlich Buchstabe f: reduziert oder ganz erlassen werden für Vereine, die zivilgesellschaftlich abgestützt sind und Art. 30 öffentliche Räume und Anlagen: Streichung von: für gemeinnützige Organisationen und Vereine können die Benützungsgebühren reduziert werden. Dieser Absatz wird aufgrund der Anpassung des Art. 6 obsolet. Die meisten Vereine, in Uster gibt es rund 350, sind durch freiwillige organisiert. Sie erbringen einen unverzichtbaren Beitrag für das gesellschaftliche Leben. Zudem sind sie unverzichtbare Erbringer von ausgelagerten, öffentlichen Leistungen. Die Stadt Uster investiert rund 1,5 Mio. Damit aber die Zufriedenheit und Motivation der Vereine erhöht werden, sollen in erster Linie demotivierende Faktoren reduziert werden wie:*

- *Bürokratischer Aufwand reduzieren*
- *Hoheitliche städtische Leistungen und Gebühren den Vereinen nicht verrechnen*
- *Weitere städtische Leistungen zu einem reduzierten Tarif von ca. 30% verrechnen*
- *Transparente Förderkriterien erarbeiten und kommunizieren*
- *Nicht verrechnete Leistungen und Rabatte kommunizieren*

Damit das Handling einfacher wird, wurde bereits jetzt schon festgelegt, dass alle Unterstützungen nur noch aus einer Hand kommen und die Gesuchsbewirtschaftung zentral abgewickelt werden kann. Die Förderpraxis betrifft Veranstaltungen, welche keine Gewinne erwirtschaften. Sportvereine fallen nicht unter diese Praxis. Die Unterstützung der Sportvereine wird weiterhin über die alten Richtlinien des GF Sport abgewickelt.

Die Vereine wurden in den Prozess der Veränderungen in der Gebührenordnung einbezogen. Leider konnte dies aber aufgrund der Pandemie nur Digital geschehen. Die Vereine stehen hinter diesen Veränderungen. Gemäss Christian Zwinggi war der schwierigste Punkt, alle Ansprüche trotz Budgetneutralität zu befriedigen.

In der Diskussion wurde gefragt, warum der Verein Container nicht auf der Liste sei. Gemäss Christian Zwinggi sind auf der Liste Vereine mit rabattierten Beiträgen ohne Rechtsgrundlage aufgeführt. Auf die Frage, wie hoch die Raummiete im Container sei. Bei Annahme der Weisung wird der Stadtrat die Gebühren im Reglement festhalten. Das Reglement kann nicht angeschaut werden, da dieser Ablauf historisch gewachsen ist. Die Stadt wird aber einheitlich festlegen wer Verein ist und die Gebühren festlegen. Das Reglement Vereinsförderung besteht bereits als Entwurf und der Stadtrat wird darüber entscheiden. Welche Vereine auf die Liste kommen werden, liegt im Ermessensspielraum der Entscheider. Ziel wird sein, dass die Fachstelle Jugend, Kind und Inklusion aufgrund des Reglements nachvollziehbare Entscheide fällen können.

Die Kommission hat die Weisung mit einer Abwesenheit einstimmig angenommen.

Stadtpräsidentin Barbara Thalmann verzichtet vorläufig auf eine Stellungnahme.

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Marc Thalmann** (FDP): *Inhaltlich ist diese Weisung eigentlich kaum diskussionswürdig. Dass die Stadt die Ustermer Vereine non- oder monetär unterstützen soll, dagegen wehrt sich wohl keiner in diesem Raum und dass eine genügende gesetzliche Grundlage dafür vorhanden sein sollte, versteht sich von selbst. Daher gibt es vonseiten der FDP/CVP-Fraktion keine Opposition gegen diese Vorlage.*

Die Anpassung der Gebührenverordnung wird nicht zu merklichen monetären Änderungen führen, da sie sich nur auf die unteren beiden Stufen des Vereinsförderungsmodells bezieht, wo bereits heute reduzierte Ansätze der städtischen Dienstleistungen angewandt werden. Daher konnte der Abteilungsleiter Präsidiales in der KBK-Sitzung auch auf Budgetneutralität verweisen.

Massgebliche Veränderungen werden wohl erst mit der Umsetzung des neuen Reglements Vereinsförderung sichtbar werden. Da wir dazu im Gemeinderat keinen Einfluss nehmen können, ist das heute für uns noch eine Blackbox.

Die Aussage am Schluss der Weisung, dass insbesondere Sportvereine sich mehr Geld wünschen, zeigt da wohl die Richtung an. Aus Sicht der der FDP/CVP-Fraktion kann es aber nicht sein, dass nur aufgrund einer Reglementüberarbeitung Mehrausgaben auf die Stadt zukommen. Auch in diesem Bereich, gerade bei der Jugendförderung, muss dem finanziellen Engagement auch ein Gegenwert gegenüberstehen. Wir erwarten, dass hier eine Abkehr vom Giesskannenprinzip geschieht und die Mittel nachweislich dort eingesetzt werden, wo sie Wirkung bei der Kinder- und Jugendarbeit erzielen.

Für die Grüne-Fraktion referiert **Eveline Fuchs** (Grüne): *Der Gemeinderat hat am 18. Januar 2021 zum Bericht und Antrag in Sachen „Keine bürokratischen Hindernisse für Freiwilligenarbeit“ einstimmig ja gesagt. Bereits heute liegt uns die vom Stadtrat ausgearbeitete Anpassung der Gebührenverordnung zur Genehmigung vor.*

Zu den für die Vereinsarbeit motivierenden Faktoren wie Lob, Anerkennung und Wertschätzung kommen jetzt finanzielle Erleichterungen wie reduzierte Tarife, intern pauschal verrechnete Gebühren und Förderbeiträge hinzu.

Mit der Anpassung der Gebührenverordnung für Vereine zeigt die Stadt Uster klar auf, wie sehr sie die Vereins- und Freiwilligenarbeit als einen unverzichtbaren Beitrag für unser gesellschaftliches Leben und für eine gelungene Integration von Alt und Jung und Menschen aus allen Herren Länder anerkennt und wertschätzt. Die Vereins- und Organisationsvertreter fühlen sich ernst genommen. Eine durchwegs stimmige Sache!

Wir Grünen würdigen die vorliegende Anpassung der Gebührenverordnung für Vereine und stimmen der Weisung zu.

Für die SP-Fraktion referiert **Angelika Zarotti** (SP): *Vereine sind ein wichtiger Stützpfeiler unserer Gesellschaft. Die Vereine werden meist von Freiwilligen getragen und erbringen wertvolle Dienstleistungen für uns alle.*

In den letzten Jahren wurde das einfordern von Bewilligungen für Veranstaltungen immer komplizierter. Damit die Freiwilligen auch weiterhin motiviert ihre Arbeit und Anlässe machen können, ist es wichtig sie nicht mit einem grossen bürokratischen Aufwand für Bewilligungen zu strafen.

Mit der Weisung 76/2021 geschieht eine deutliche Verbesserung, und zwar mit der Anpassung der Art.6 und Art. 30 in der Gebührenordnung. Es sind also traditionelle Vereine, was wir meistens auch als Ustermer Vereine verstehen. Und es ist ganz wichtig, dass mit der Anpassung der Gebührenverordnung neu den Vereinen die Gebühren erlassen oder reduziert werden können. Mit der Anpassung der Gebührenordnung ermöglichen wir erst die Umsetzung des Konzeptes der Vereinsunterstützung. Das unterstützen wir mit ganzem Herzen. Denn es sind Vereine, welche massgeblich zur Vielfalt und Attraktivität einer Wohngemeinde beitragen.

Die SP unterstützt die Weisung 76/2021.

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Andreas Pauling** (Grünliberale): *Vereine übernehmen in unserer Gesellschaft wichtige Funktionen. Sie bereiten mit ihren Aktivitäten Freude für Jung und Alt, tragen zur Gesundheit bei und ermöglichen viele wertvolle soziale Kontakte. Wer in Vereinen tätig ist, weiss aber auch, dass Vereinstätigkeit viel Arbeit bedeutet. Arbeit, die oft ehrenamtlich erledigt wird.*

Damit die Motivation für diese wichtigen ehrenamtlichen Tätigkeiten erhalten bleibt, ist es wichtig, dass gute Rahmenbedingungen bereitgestellt werden. Da kann die Stadt viel beitragen. Die Vereine sollen in ihrer Arbeit nicht behindert, sondern unterstützt werden.

Wir fordern möglichst wenig administrative Hürden, einfache Verfahren und wenige Auflagen. So kann die Stadt die ehrenamtliche Arbeit erleichtern und das Vereinsleben fördern. Dies ist für uns eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Die Fokussierung der Unterstützung auf gemeinnützige und zivilgesellschaftlich abgestützte Organisationen und Vereine macht Sinn. Was die Stadt aber unter zivilgesellschaftlich abgestützt versteht, wissen wir noch nicht. Wir werden es in den noch zu erstellenden Reglementen nachlesen.

An dieser Stelle möchte ich all jenen, die mit ihrer Arbeit in Vereinen einen wichtigen Beitrag zu unserer Gesellschaft leisten, herzlichen Dank aussprechen.

Die Grünliberale/EVP-Fraktion wird dem Antrag des Stadtrates zustimmen.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Silvio Foiera** (EDU): *Die SVP/EDU-Fraktion ist erfreut über die zugesagte Erleichterung für Vereine und ziviles Engagement. Gab doch der zunehmende Aufwand der Akteure bzgl. Bewilligungen – man möchte hier fast von exponentiellem Wachstum sprechen – öfters zu reden und reichlich Boden für Frustration, Überforderung und Verunsicherung in Vereinen und Veranstaltern wie z. B. auch Räbeliechtliumzüge und Chlausfeiern für Kinder.*

Es wäre jedoch falsch hier der Stadt Uster den schwarzen Peter für die zunehmende Sicherheitsgurt Mentalität zuzuschieben, welche oft von Bund und Kanton, im Bezug auf Haftungsfragen vorgegeben wird. Im Gegenteil, die entsprechenden Abteilungen waren stets um zuvorkommende Erläuterungen und Hilfestellung bemüht.

So ist auch diese Weisung zu verstehen, die lokalen Vereinen und Akteuren Erleichterungen für rechtlich vorgegebene Auflagen bietet.

Einzig die Formulierung "Vereine, die zivilgesellschaftlich abgestützt sind", lässt Raum für Spekulationen, ob hier nicht vielleicht einzelne durch die Maschen fallen könnten.

Dennoch freuen wir uns über die zugesagten Erleichterungen, welche das Ustermer Kultur- und Vereinsleben in seiner Vielfalt und Lebendigkeit erhalten sollen.

Balthasar Thalmann (SP): *Ich möchte auf das Referat der neuen Ratspräsidentin verweisen. Was hat das mit dieser Weisung zu tun? Anita Borer hat auf den sozialen Zusammenhalt hingewiesen. Und das machen auch die Vereine. Weiter meinte Anita Borer, dass politisches Engagement Geduld braucht. Ich habe das Postulat 571/2020 am 10. Februar 2020 eingereicht, es wurde vom Gemeinderat am 8. Juni 2020 einstimmig überwiesen, Bericht und Antrag des Stadtrats lagen am 8. Dezember 2020 vor, die Abschreibung erfolgte am 18. Januar 2021. Und bereits heute im April haben wir eine Weisung dazu. Man muss in der Politik halt nur wollen: Besten Dank!*

Stadtpräsidentin Barbara Thalmann äussert sich ganz kurz zu den Voten: *Besten Dank! Es geht um eine knochentrockene Gebührenanpassung. Wir hatten nicht nur digitale Kontakte, sondern auch einen Vereinstag. Mit Vereinen haben wir diese vorgesehenen Gebührenerleichterungen diskutieren können. Wichtig ist, dass wir mit den Vereinen im Austausch sind. Darum hoffe ich sehr, wenn Sie zugestimmt haben, dass die Vereine weiter tätig bleiben und dabei erst noch zufrieden sein werden.*

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 33:0 Stimmen:

1. Folgende Anpassungen der Gebührenverordnung werden genehmigt:

Art. 6 Gebührenermässigung bzw. -erhöhung

Zusätzliche lit. f: reduziert oder ganz erlassen werden für Vereine, die zivilgesellschaftlich abgestützt sind.

Art. 30 Öffentliche Räume und Anlagen

Streichung von: Für gemeinnützige Organisationen und Vereine können die Benützungsgebühren reduziert werden.

2. Diese Änderungen werden auf den 1. März 2021 in Kraft gesetzt.

3. Mitteilung an den Stadtrat.

5 Postulat 615/2021 von Peter Mathis-Jäggi (SP) und Marius Weder (SP): Mehr Solaranlagen auf den Liegenschaften der Sekundarschule

Gemeinsame Behandlung mit TOP 6 (Postulat 616/2021).

Rolf Denzler (SVP, Nänikon) und Ulrich Schmid (CVP, Nänikon) ausgeschlossen (Art. 4 GO Sekundarschulgemeinde).

Von Peter Mathis-Jäggi (SP) und Marius Weder (SP) ist am 20. Januar 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Die Sekundarschulpflege wird eingeladen zu prüfen, wie auf ihren Liegenschaften in Zusammenarbeit mit der Energie AG Uster Solaranlagen erstellt werden können.

Begründung

Wir wissen es: damit die Produktion von Solarenergie gesteigert werden kann, braucht es Dach- oder Fassadenflächen, wo Solaranlagen erstellt werden können. Derzeit besteht noch keine Pflicht für Eigentümerinnen und Eigentümer, solche Anlagen zu erstellen. Die Stadt sowie die Sekundarschule als Eigentümerin von grossen Dächern könnten zur Steigerung der Solarenergieproduktion beitragen, indem sie ihre Dächer der Energie Uster AG Uster zur Erstellung und Betrieb von Solaranlagen zur Verfügung stellt.

Klar ist dabei, dass nicht einfach jede Dachfläche sich gleich gut dazu eignet. Sei es aus technischen Gründen oder auch denkmalpflegerischen Gründen. Dennoch wären eine systematische Evaluation des Potenzials und das Ausschöpfen desselben einen wichtigen und wirksamen Beitrags zur Energiewende. Mit der Energie Uster AG steht der Stadt eine Partnerin in ihrem Eigentum zur Verfügung, mit der diese Entwicklung vorangetrieben werden kann.

Präsidentin Anita Borer (SVP): *Aus verfahrensökonomischen Gründen werden die Postulate 615/2021 und 616/2021 gemeinsam behandelt. Dabei ist Artikel 4 der Gemeindeordnung der Sekundarschulgemeinde zu beachten, der Ratsmitglieder, die nicht auf dem Gebiet der Sekundarschulgemeinde Uster wohnen, von den Beratungen und Abstimmungen zum Postulat 615/2021 ausschliesst.*

Der Postulant kann jetzt beide Vorstösse begründen, anschliessend bitte ich die Referenten der Sekundarschulpflege und des Stadtrates um ihre Stellungnahme zum betreffenden Postulat.

Peter Mathis-Jäggi (SP) begründet das Postulat: *Sie erlauben mir, dass ich über beide Postulate 615 und 616 spreche.*

Wir wissen vom GIS-Browser, dass auf Usters Dächer ein ordentliches Potential für die Gewinnung von Solarenergie vorhanden ist. Dieses zu nutzen, ist das Ziel des Postulats. Gerne würden wir auch die privaten Dächer mit einbeziehen. Verschiedene formale Einwände lassen das aber nicht zu.

Die Stadt kann aber als Vorbild wirken und bei ihren Liegenschaften abklären, ob dieses Potential überhaupt genutzt werden kann. Da nicht jede Dachfläche geeignet ist, sei es aus technischen, baulichen oder denkmalpflegerischen Gründen, braucht es eine genauere Begutachtung.

Nicht nur die Dächer sind interessant für eine Nutzung der Solarenergie. Wo möglich, sind auch die Fassaden geeignet. All diese Fragen klärt man am besten mit einem potentiellen Betreiber solcher Anlagen. Mit der eigenen Energie AG steht uns ein solcher zur Verfügung.

Der Leistungsmotion, welcher sie bereits zugestimmt haben, kommen diese Abklärungen zu gute. Denn umsetzen kann man diese nur, wenn die Datenlage klar ist.

Da bereits weitere Vorstösse zu diesen Fragen anstehen, brauchen wir eine seriöse Abklärung und ich bitte sie daher, die Postulate zu überweisen.

Der Präsident der Sekundarschulpflege, **Benno Scherrer**, nimmt Stellung (Sekundarschulpflegebeschluss 2109 vom 9. März 2021: Entgegennahme): *Die Sekundarschulpflege ist selbstverständlich zur Entgegennahme bereit. Es liegen zu diesem Thema bereits weitere Vorstösse vor. Wir sind froh, dass wir hier Gestaltungsspielraum erhalten sollen. Unser Kerngeschäft ist aber weiterhin die Ausbildung Jugendlicher. Das Postulat geht in die richtige Richtung.*

Für die Grüne-Fraktion referiert **Patricio Frei** (Grüne): «Nur wenn wir die Sonnenenergie nutzen, vermag unsere Stadt einen Beitrag zur Energiewende zu leisten, also eine Versorgung mit erneuerbaren Energieträgern.» Vielleicht erinnern Sie sich: Mit diesen Worten haben ich an der letzten Gemeinderatssitzung für Ihre Unterstützung für die Leistungsmotion 618 von uns Grünen geworben. Und dieser Satz passt auch zu diesen beiden Vorstössen. Deshalb unterstützen wir auch diese Anliegen. Gerade die Forderung an die Sekundarschule erachten wir als eine sinnvolle Ergänzung zu unserer Leistungsmotion.

Allerdings möchten wir nicht, dass der Stadtrat und die Verwaltung die Arbeit doppelt machen müssen. Wir gehen davon aus, dass der Stadtrat pragmatisch vorgehen wird und die Leistungsmotion und das Postulat möglichst effizient und ohne Doppelspurigkeiten behandeln wird.

Vorstösse zur Förderung der Solarenergie scheinen in Uster derzeit sehr beliebt. So hat in der Zwischenzeit sogar die Partei mit dem Sünneli im Logo eine entsprechende Motion eingereicht. Auch wenn wir Grünen es natürlich sehr begrüssen, dass sich nun auch die SVP für ökologische Themen zu interessieren beginnt, stellt sich spätestens da die Frage, was der Mehrwert dieser Motion gegenüber den bereits eingereichten Vorstössen sein soll. Zumindest wird so sichergestellt, dass das Thema Sonnenenergie uns auch in der nächsten Sitzung noch beschäftigen wird.

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Andreas Pauling** (Grünliberale): Wir kennen sie alle: die leicht erhöhten Orte um Uster, von wo man einen schönen Ausblick in die Berge und über die Stadt hat. Vom Burghügel oder vom Tämbrig sieht man nicht nur die schöne Landschaft bis in die Glarner Alpen, sondern man sieht auch die Dächer von Uster.

Leider, muss ich sagen. Denn viel lieber würde ich sie versteckt unter Solaranlagen vermuten. Dies ist immer noch selten der Fall. Man muss die Solaranlagen suchen, die meisten Dächer sind ungenutzt, das ökologische und ökonomische Potential liegt brach. Entsprechend unbedeutend ist der Solarstrom im Ustermer Strommix und fristet ein Nischendasein. Das Ziel von Energie Uster bezüglich Solarstromanteil im Jahre 2050 ist sehr bescheiden: 20% soll der Solarstrom im Ustermer Strom-Mix ausmachen. Das müsste nicht

sein: Gemäss Massnahmeplan Klima könnte auf dem Gemeindegebiet von Uster bis zu 80% des benötigten Stromes mit Fotovoltaik produziert werden. Wir müssen es nur wollen. Dass dies unter anderem an den unattraktiven Rahmenbedingungen liegt, habe ich hier schon mehrfach gesagt. Wichtig ist aber auch, dass die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangeht und Solarstrom produziert. Dies ist das Anliegen des vorliegenden Postulats. Die Stossrichtung ist also ziemlich dieselbe wie die Leistungsmotion 618 (Titel: "Städtische Gebäude für die Sonnenenergie nutzen"). Die Leistungsmotion ist das stärkere, verbindlichere und konkretere Instrument und deshalb für das Anliegen geeigneter.

Trotzdem ist dieses Postulat nicht überflüssig, verleiht es dem Anliegen doch noch mehr Gewicht und verlangt auch Abklärungen der Sekundarschule. Die Erkenntnisse der Sekundarschule und der Stadt (Postulat 616) werden auch für die Leistungsmotion 618 verwendet werden können, so dass der zusätzliche Aufwand überschaubar ist.

Die Grünliberale/EVP-Fraktion wird das Postulat 615/2021 und das Postulat 616/2021 unterstützen.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Silvan Dürst** (SVP): Mir haben die Postulate 615 und 616 gefallen. Diese beiden Vorstösse sind konkret und auch das gewählte Instrument ist richtig. Ich bin gegen die Augenwäscherei um mittels Zertifikatkauf, grüne Energie zu fördern, deshalb gefallen mir lokale und wirtschaftliche Projekte besonders.

Lasst uns gemeinsam einen Schritt in Richtung vorgeschriebener Ziele machen und unterstützt unsere später folgenden Motionen 637 und 638! Machen wir aus einem konkreten Vorschlag einen greifbaren und realisierbaren! Wir würden uns freuen.

Die Leistungsmotion 618/2021 wurde bereits durch das Parlament angenommen und wir finden das das heute vorliegende Postulat keine zusätzlichen Punkte beinhaltet und nur unnötig Aufwand produziert werden würde. Die SVP/EDU-Fraktion unterstützt das Postulat 616/2021 wegen Doppelspurigkeit nicht.

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Matthias Bickel** (FDP): *Ich spreche gleich für beide Postulate 615/2021 und 616/2021.*

Vor drei Legislaturperioden hat sich unsere Fraktion schon für Solaranlagen stark gemacht - eine der Personen ist heute Stadträtin, die andere noch Gemeinderat. Damals fand unser Ansinnen jedoch kein Gehör. Weil die Idee vielleicht aus den falschen Reihen kam. Auch medial hatte man der FDP damals das Interesse für Solaranlagen abgesprochen.

Zwölf Jahre später ist die politische Welt nun eine andere: Alle haben das Thema entdeckt und so rennen die vorliegenden Postulate nun eigentlich offene Türen ein, denn auch das GF Liegenschaften prüft bei Sanierungen und Neubauten städtischer Liegenschaften seit langem, ob und wie ein umweltgerechterer Energieverbrauch erreicht werden und wie weit man auf alternative und vor allem erneuerbare Energiequellen umsteigen könne. Solaranlagen sind dabei ein wichtiges Element. Sie entsprechen der Immobilienstrategie der Stadt Uster und gehen in die Stossrichtung des "Massnahmenkatalogs" Klima des Stadtrats.

Medial wie auch politisch existieren jedoch viele Begehrlichkeiten zu diesem Thema. In unseren Augen macht nur ein einheitliches und abgestimmtes Vorgehen in Sachen Klima Sinn - und nicht dieses Jekami-Vorgehen, das wir hier schon wiederhaben! Erst soll der „Massnahmenkatalog“ Klima einmal priorisiert werden!

Dennoch unterstützt die FDP/CVP-Fraktion die beiden Postulate nun, damit der Stadtrat beim Thema "Solaranlagen" diese Auslegeordnung bereits jetzt machen kann und wir somit wissen, was technisch und wirtschaftlich machbar ist. Sinn macht es ebenfalls, dies auch gleich in beiden Gemeinden zu tun - in der Stadt Uster und in der Sekundarstufe Uster.

Für die SP-Fraktion referiert **Marius Weder** (SP): *Am 18. Januar 2021 behandelten wir hier im Rat den Bericht des Stadtrats zum Postulat 567/2019 von Patricio Frei. Unter anderem aufgrund jenes Berichts war klar, dass eine Steigerung des Anteils an Ustermer Solarstrom im Strom-Mix der Energie Uster AG auf 15% oder mehr nur dann möglich wird, wenn genügend Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer bereit sind, auf ihren Dächern eine Solarstromanlage zu erstellen. Klar ist, dass dabei insbesondere die Stadt in der Pflicht steht, mit gutem Beispiel voran zu gehen. So erhob ich denn bereits in jenem Referat die Forderung, dass bei Sanierungen oder Neubauten städtischer Liegenschaften konsequent darauf zu achten ist, dass – wo immer möglich bzw. vertretbar – die Dächer mit Solaranlagen versehen werden. Konsequenterweise reichten Peter Mathis und ich unmittelbar nach jener Sitzung zwei entsprechende Postulate zuhanden der Stadt wie auch der Sekundarschulgemeinde ein, worin wir diese einladen zu prüfen, wie auf ihren Liegenschaften in Zusammenarbeit mit der Energie Uster AG Solaranlagen erstellt werden können. Elf Tage später doppelten dann Patricio Frei und Andreas Pauling noch mittels der vor einem knappen Monat behandelten und überwiesenen Leistungsmotion nach. Mit Ausnahme des Umstands, dass bei der Leistungsmotion die Sekundarschulgemeinde gefehlt hat, ist somit dasselbe Thema in zwei verschiedenen Varianten zu behandeln, wobei es aus Effizienzgründen wohl zweckmässig gewesen wäre, die Postulate 615/2021 und 616/2021 ebenfalls für die Sitzung vom 15. März 2021 zu traktandieren. Inhaltlich kann ich auf das bereits vor in den letzten Sitzungen Gesagte sowie auf die Begründungen unserer beiden Postulate verweisen. Eine Steigerung der Anzahl Solaranlagen auf den Liegenschaften in öffentlichen Eigentum ist sowohl aus ökologischer wie auch ökonomischer Sicht wichtig und dringend.*

In der ersten Abstimmung wird das Postulat mit 24:8 Stimmen überwiesen. **Ursula Räuftlin** (Grünliberale) stellt fest, es sei damit eine Stimme zu viel abgegeben worden; sie verlangt Wiederholung der Abstimmung.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 24:7 Stimmen (Ausschluss von 2 Ratsmitgliedern):

- 1. Das Postulat 615/2021 wird überwiesen.**
- 2. Mitteilung an die Sekundarschulpflege.**

6 Postulat 616/2021 von Peter Mathis-Jäggi (SP) und Marius Weder (SP): Mehr Solaranlagen in Uster auf städtischen Liegenschaften

Gemeinsame Behandlung mit TOP 5 (Postulat 615/2021).

Von Peter Mathis-Jäggi (SP) und Marius Weder (SP) ist am 20. Januar 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie auf städtischen Liegenschaften in Zusammenarbeit mit der Energie Uster AG Solaranlagen erstellt werden können.

Begründung

Wir wissen es: damit die Produktion von Solarenergie gesteigert werden kann, braucht es Dach- oder Fassadenflächen, wo Solaranlagen erstellt werden können. Derzeit besteht noch keine Pflicht für Eigentümerinnen und Eigentümer, solche Anlagen zu erstellen. Die Stadt sowie die Sekundarschule als Eigentümerin von grossen Dächern könnten zur Steigerung der Solarenergieproduktion beitragen, indem sie ihre Dächer der Energie Uster AG Uster zur Erstellung und Betrieb von Solaranlagen zur Verfügung stellt.

Klar ist dabei, dass nicht einfach jede Dachfläche sich gleich gut dazu eignet. Sei es aus technischen Gründen oder auch denkmalpflegerischen Gründen. Dennoch wären eine systematische Evaluation des Potenzials und das Ausschöpfen desselben einen wichtigen und wirksamen Beitrags zur Energiewende. Mit der Energie Uster AG steht der Stadt eine Partnerin in ihrem Eigentum zur Verfügung, mit der diese Entwicklung vorangetrieben werden kann.

Peter Mathis-Jäggi (SP) hat das Postulat bereits unter TOP 5 (Postulat 615/2021) begründet.

Der Abteilungsvorsteher Finanzen, **Stadtrat Dr. Cla Reto Famos**, nimmt Stellung (Stadtratsbeschluss 94 vom 9. März 2021: Entgegennahme) und verweist *auf das in der letzten Sitzung zur Leistungsmotion 618/2021 Gesagte. Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen, verweist aber auf mögliche Verzögerungen bei der Umsetzung aufgrund der durch den Gemeinderat im GF Liegenschaften für das Budget 2021 vorgenommenen Kürzung von 5 % des Globalkredits. Trotzdem wird der Stadtrat sein Möglichstes tun, um die zahlreichen Vorstösse des Parlaments beantworten zu können.*

Weitere Wortmeldungen bei TOP 5 (Postulat 615/2021).

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 24:8 Stimmen:

- 1. Das Postulat 616/2021 wird überwiesen.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

7 Kenntnisnahmen

Rechtskraftbescheinigung: Gegen die Gemeinderatsbeschlüsse vom 8. Februar 2021 sind beim Bezirksrat Uster bis 26. März 2021 keine Rechtsmittel eingelegt worden.

Folgende Anfragen sind eingereicht worden:

- 633/2021 der FDP/CVP-Fraktion vom 16. März 2021: Massnahmenplan Klima, nächste Schritte
- 635/2021 von Markus Ehrensperger (SVP), Barbara Schäufole-Keel (SVP) und Rolf Denzler (SVP) vom 7. April 2021: Covid19-Ausschuss in der PSU?
- 636/2021 der FDP/CVP-Fraktion vom 7. April 2021: Mittel- und langfristige Finanzplanung für die Uster
- 639/2021 von Ali Özcan (SP) und Angelika Zarotti (SP) vom 8. April 2021: Mietzinserlass auf städtische Liegenschaften
- 640/2021 von Matthias Bickel (FDP), Paul Stopper (BPU) und Ulrich Schmid (CVP) vom 9. April 2021: Öffentlicher Verkehr Stadt Uster, Buslinie 818, Sportanlagen, Zwischenerkenntnisse und weitere Finanzierung
- 641/2021 von Balthasar Thalmann (SP) vom 12. April 2021: „Corona-Massnahmen – was waren und sind die Auswirkungen auf Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene?“
- 642/2021 von Balthasar Thalmann (SP) vom 12. April 2021: „Corona-Massnahmen – was waren und sind die Auswirkungen auf Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene?“

Folgende Anfragen sind beantwortet worden.

- 612/2021 von Peter Mathis-Jäggi (SP) vom 15. Januar 2021: „Wohnstadt am Wasser – Stand der Dinge bezüglich Ökologie und Biodiversität?“ (Stadtratsbeschluss vom 30. März 2021)
- 613/2021 von Ivo Koller (Grünliberale) vom 18. Januar 2021: Bevölkerungswachstum und seine Auswirkungen (Bsp. Eschenbüel) (Stadtratsbeschluss vom 6. April 2021)
- 614/2021 von Ursula Räuftlin (Grünliberale) vom 18. Januar 2021: «Privatschüler in Uster – freie Wahl der Eltern oder notwendige Massnahme, um Probleme in der Primarschule zu umgehen» (Stadtratsbeschluss vom 30. März 2021)
- 619/2021 von Andrea Grob (FDP) und Jürg Krauer (FDP) vom 1. Februar 2021: Haltung des Stadtrates bezüglich der Errichtung eines Take-Away-Marktplatzes auf dem Zeughausareal und Umsetzung dringlicher Massnahmen als Corona-Wirtschaftshilfe (Stadtratsbeschluss vom 6. April 2021)

Die Ratsmitglieder haben erhalten am

- 23. März 2021: Öffentlicher Verkehr Stadt Uster, Buslinie 818 Sportanlagen, Zwischenerkenntnisse und weitere Finanzierung (Stadtratsbeschluss 135 vom 23. März 2021; vergleiche Leistungsmotion 557/2016 und Anfrage 640/2021).

Die Ratsmitglieder können beim Parlamentsdienst einsehen:

- Martin Graf – Cornelia Theler – Moritz von Wyss (Hg.)
Parlamentsrecht und Parlamentspraxis der Schweizerischen Bundesversammlung. Kommentar zum Parlamentsgesetz (ParlG) vom 13. Dezember 2002
Helbing Lichtenhahn. Basel 2014
- Ulrich Häfelin – Georg Müller – Felix Uhlmann
Allgemeines Verwaltungsrecht (8. Auflage)
Dike. Zürich – St. Gallen 2020 (Zürich 1990)
- Tobias Jaag – Markus Rüssli
Staats- und Verwaltungsrecht des Kantons Zürich (5. Auflage)
Schulthess Juristische Medien AG. Zürich – Basel – Genf 2019

- Peter Saile – Marc Burgherr
Das Initiativrecht der zürcherischen Parlamentsgemeinden. Gezeigt am Beispiel der Stadt Zürich
Dike. Zürich – St. Gallen 2011
- Parlament. Mitteilungsblatt der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen SGP
(erscheint dreimal jährlich)
- ZBl Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (erscheint monatlich)
- ZParl Zeitschrift für Parlamentsfragen. Herausgegeben von der Deutschen Vereinigung für
Parlamentsfragen DVParl (erscheint viermal jährlich)

Die Mitglieder der Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit haben erhalten am

- 31. März 2021: Standortförderung, Tätigkeitsbericht zweites Halbjahr 2020 (vom 9. März 2021)

Die Mitglieder der Kommission Planung und Bau haben erhalten am

- 1. April 2021: Stadtbildkommission, Einladung auf Donnerstag, 8. April 2021

Die Präsidentin der SP-Fraktion, **Angelika Zarotti** (SP), würdigt die Amtstätigkeit der bisherigen Ratspräsidentin: *Auch wenn wir hoffen, dass das Ratsessen später noch stattfinden kann, möchten wir es nicht unterlassen, im Namen der Fraktion ein paar Worte zu sagen: Das Amtsjahr ist bereits wieder fertig! So erscheint es mir auf alle Fälle, ich meine, es sei auch etwas kürzer als üblich gewesen. Ja, und was ist jetzt in diesem Augenblick überhaupt normal?*

Aber um etwas Normalität zu schaffen, schliessen wir dieses Jahr gleich ab, wie wir es begonnen haben. Das letzte Jahr haben wir auf Deine Wahl mit Bier angestossen – Sie erinnern sich sicher. Darum möchten wir Dir im Namen der Fraktion ein paar Biere überreichen.

Liebe Karin, im Namen der Fraktion möchte ich Dir von Herzen danken! Danke, dass Du unsere Sitzungen mit grossem Einsatz und Souveränität durchgeführt hast. Alle Mitglieder haben sich jeweils gehorsam an Deine Anweisungen gehalten, soweit ich mich zu erinnern vermag.

Aber dieses Jahr ist ja tatsächlich ein besonderes gewesen! Arbeit, so denken wir, hast Du genug gehabt. Aber zu solch einem Jahr gehört ja nicht nur Arbeit. Nein, eigentlich gibt es ja auch noch eine Kür. Es gehören Einladungen zu Veranstaltungen und Anlässen dazu, an denen man mit bekannten und unbekannten Menschen zusammenkommt und sich austauscht. Aber wir wissen, so etwas hat nicht stattfinden können, wie Du es bereits gesagt hast. Damit Du ein wenig nachholen kannst, sobald die Restaurants wieder geöffnet haben, geben wir Dir einen Gutschein für ein Essen zu zweit in einem Restaurant nach Deiner Wahl. Wir wünschen Dir bereits jetzt einen schönen und lustvollen Abend! Und nochmals vielen Dank für Dein Engagement! (Applaus)

Der Präsident der SVP/EDU-Fraktion, **Markus Ehrensperger** (SVP), gratuliert [nach Abschluss der Sitzung] der neuen Ratspräsidentin: *Liebe Anita! Ich darf noch den obligaten Toast ausbringen.*

Deine „Gspänli“ aus Fraktion und Partei gratulieren dir ganz herzlich zur Wahl als höchste Ustermerin. Das Frauen-Triumvirat auf dem Bock findet damit seinen krönenden Abschluss. Ich muss zugeben, dass dieser Satz sprachlich wohl nicht wirklich korrekt ist. Denn es ist DER Abschluss, DER Bock und ein Triumvirat besteht nun mal aus Männern. (Heiterkeit im Saal)

Wie sage ich es denn nun richtig? Beim Abschluss ist es noch einfach. Der Abschluss verschwindet, und es wird einfach DIE Krönung draus.

Beim Triumvirat, der Ausdruck stammt aus dem römischen Reich, kann man auf die neulateinische Wortschöpfung Trimulierat ausweichen. Scheint zwar korrekt, tönt aber komisch.

Das Problem ist DER Bock, auf dem du nun zuoberst sitzt. Die weibliche Form von Bock ist "Ziege". Also, ein neuer Versuch für meinen Einleitungssatz:

Ursi, Karin und Anita sitzen auf der Geiss. Ursi und Karin sind wieder runtergestiegen und der Gemeinderat hat Anita zur neuen Königin auf der Geiss gewählt. Voilà! Sprache geht eben doch auch gendergerecht.

Immerhin kommen mit Jürg und Patricio wieder Böcke auf den Bock. Problematisch wird es dann wieder, wenn die FDP Peter Müller auf den Bock schickt und der AvU titelt: Der höchste Ustermer ist der Geissen-Peter.

Aber was ich eigentlich sagen wollte: Als unser Präsidium fest in Frauenhand war, ist das in den Medien als Besonderheit bezeichnet worden. Aber ich glaube, wir alle im Saal hoffen doch sehr und arbeiten darauf hin, dass sich unser Gesellschaftsbild so wandelt, dass einem reinen Frauenpräsidium eben keine besondere Beachtung mehr geschenkt werden muss.

Liebe Anita, zurück zu dir, denn schliesslich stehst du heute Abend im Scheinwerferlicht: Aus Sicht der SVP Uster kann ich mit Freude sagen, dass wir keine interne Frauenförderung betreiben müssen. Bei uns ist es gerade umgekehrt. Die SVP Uster wird von einer Frau gefördert. Ich darf mit Fug und Recht sagen, dass du in den letzten 15 Jahren das Gesicht der SVP Uster warst. Egal, wo man in Uster hinkommt, alle kennen und schätzen deine sympathische, bodenständige, humorvolle und niveauvolle Art. Hätten wir eine Feier durchführen dürfen, wäre wohl ganz Uster für dich auf der Matte gestanden. Aber eben, vielen Dank, Corona!

*Weil wir heute nicht ein Fest feiern dürfen, dann sollst du wenigstens nach jeder Gemeinderatssitzung in deinem Präsidialjahr einen kleinen Genussmoment erleben können. Und darum steht bei jeder Sitzung eine besondere Flasche Wein auf deinem Pult, damit du und Daniel danach gemütlich auf eine weitere gelungene Sitzung anstossen könnt. Oder vielleicht auch, um die Nerven zu beruhigen, wenn wir Gemeinderatsmitglieder dir mit wahl- und zahllosen Anträgen auf den Wecker gegangen sind. Du darfst natürlich wählen, ob mit Daniel "dein" Daniel oder "der" Daniel gemeint ist. Gewisse Zwickmühlen muss auch eine Königin selber lösen.
Wir wünschen dir für dein Jahr daher viel Geduld, Übersicht, Freude an Begegnungen, spannende und abwechslungsreiche Anlässe und ganz einfach viel Spass an allem. Du hast dich so sehr für die Politik engagiert, dass die Politik nun ein Jahr lang etwas zurückgeben darf.
In dem Sinne: Prost, Frau Präsidentin! (Applaus)*

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 17. Mai 2021 statt.

Für das Protokoll

Der Ratssekretär
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

20.4.2021

Die Präsidentin
Anita Borer

21.4.2021

Die Stimmzählerinnen und Stimmzähler
Karin Niedermann

Ursula Räuftlin

Balthasar Thalmann